

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
zu Türgeln 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gepaltene Seite 15 Pfennig.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graumann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner



Beitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, den 7. November 1878.

Nr. 522.

Deutschland.

** Berlin, 6. November. Der heutige Artikel des „Prov.-Korr.“ über die Stellung des Centrums gegenüber den Bestrebungen für den kirchlichen Frieden ist unzweifelhaft als eine sehr wichtige Kundgebung anzusehen. Wenn der Artikel über den Stand der Verhandlungen mit Rom keine positiven Angaben enthält, so läßt er doch durch seinen gesammten Inhalt und Ton mit Sicherheit darauf schließen, daß von einem Abbruch der Verhandlungen nicht die Rede ist.

Das heutige Telegramm aus Rom, welches eine von Frankreich ergriffene Initiative hinsichtlich der zwischen Griechenland und der Pforte schwelenden Streitfrage meldet, beweist zur Genüge, daß Athen in diesem Augenblick ein wichtiger Schauplatz für die Diplomatie geworden ist. Vielleicht versummen jetzt die absurd Konjekturen, welche an die gerade jetzt erfolgte Reise des Herrn v. Radowits auf seinen Posten in Athen von schlecht unterrichteten Korrespondenten geknüpft wurden.

Die Ausführungs-Gesetze zur deutschen Gerichtsverfassung bedingen eine Abänderung der Artikel 86 und 87 der preußischen Verfassung, welche von der ichterlichen Gewalt handeln. Es wird daher ein darauf bezüglicher Gesetzentwurf dem Landtag vorgelegt werden.

Berlin, 6. November. Die „Prov.-Korr.“ schreibt:

Nach den bisherigen Bestimmungen wird der Kaiser am 30. November Wiesbaden verlassen, um in Mainz wieder mit Ihrer Majestät der Kaiserin zusammenzutreffen und mit ihr nach Karlsruhe zu gehen, wo am 3. Dezember, dem Geburtstage der Großherzogin Luisa, zugleich die Einsegnung der Enkelin des Kaiserpaars, Prinzessin Viktoria von Baden, gefeiert wird. Am 4. Dezember Nachmittags gedenkt der Kaiser mit der Kaiserin die Rückreise nach Berlin anzutreten und am 5. Dezember Vormittags um 9 Uhr in der Residenz wieder einzutreffen.

— Die „Prov.-Korr.“ schreibt: „Die Eröffnung des preußischen Landtages ist auf den 19. November (Dienstag) festgesetzt und wird voraussichtlich durch den Vicepräsidenten des Staatsministeriums Grafen zu Stolberg-Wernigerode vollzogen werden.“

— Die heutige „Prov.-Korr.“ bringt an der Spitze einen längeren Artikel „der kirchliche Friede und die Centrumspartei“, in welcher sie unter Betonung der „vertrauensvollen Verhandlungen“, die zur Zeit zwischen der päpstlichen Kurie und dem deutschen Reiche schwelen, eine außerordentlich heftige Polemik gegen die Haltung der Centrumspartei führt.

— Zu dem Beschuß des deutschen Handelstages über die Bildung eines volkswirtschaftlichen Senats wird nunmehr in mehreren Blättern die Abstimmungsliste bekannt. Danach setzte sich die Majorität aus den Stimmen folgender 58 Handelskammern zusammen:

- 1) Aachen.
- 2) Aschaffenburg.
- 3) Augsburg.
- 4) Barmen.
- 5) Bayreuth.
- 6) Bochum.
- 7) Bökenheim.
- 8) Carlshafen.
- 9) Cassel.
- 10) Chemnitz.
- 11) Coblenz.
- 12) Cöln.
- 13) Cottbus.
- 14) Darmstadt.
- 15) Dillenburg.
- 16) Dortmund (Handelskammer).
- 17) Dortmund (Verein der Eisen- und Maschinenfabriken des Ober-Bergamtsbezirk Dortmund).
- 18) Dresden.
- 19) Duisburg.
- 20) Düsseldorf (Handelskammer).
- 21) Düsseldorf (Verein zur Wahrung der gemeinsamen Wirtschaftsinteressen für Rheinland und Westfalen).
- 22) Elberfeld.
- 23) Essen (Handelskammer).
- 24) Essen (Verein für die Bergbau-Interessen im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund).
- 25) Gera.
- 26) Gießen.
- 27) Gladbach.
- 28) Göttingen.
- 29) Greifswald.
- 30) Grünberg.
- 31) Hagen.
- 32) Halle a. S.
- 33) Heilbronn.
- 34) Heidenheim.
- 35) Kuchen (Verein süddeutscher Baumwoll-Industrieller).
- 36) Lauban.
- 37) Ludwigshafen.
- 38) Lüdenscheid.
- 39) Lüneburg.
- 40) Mainz (Verein mittelrheinischer Fabrikanten).
- 41) Mannheim.
- 42) Mühlhausen i. E.
- 43) Mühlheim a. d. Ruhr.
- 44) Münster.
- 45) Neuss.
- 46) Nordhausen.
- 47) Offenbach.
- 48) Offenburg.
- 49) Osnabrück.
- 50) Pforzheim.
- 51) Plauen.
- 52) Ruhrort (Nordwestdeutsche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller).
- 53) Saarbrücken.
- 54) Siegen (Handelskammer).
- 55) Siegen (Berg- und Hüttenmännischer Verein der rechtsrheinischen Reviere).
- 56) Stolberg.
- 57) Wesel.
- 58) Wiesbaden.

Dagegen bestand die Minorität aus folgenden

37 Handelskammern:

- 1) Altona.
- 2) Berlin.
- 3) Bielefeld.
- 4) Braunschweig.
- 5) Bremen.
- 6) Brüslau.
- 7) Bromberg.
- 8) Colberg.
- 9) Crefeld.
- 10) Erfurt.
- 11) Frankfurt a. M.
- 12) Frankfurt a. O.
- 13) Flensburg.
- 14) Halberstadt.
- 15) Hamburg.
- 16) Hanau.
- 17) Hannover.
- 18) Hamburg.
- 19) Hildesheim.
- 20) Hirschberg.
- 21) Kiel.
- 22) Leipzig.
- 23) Magdeburg.
- 24) Mainz (Handelskammer).
- 25) München.
- 26) Nürnberg.
- 27) Posen.
- 28) Rostock.
- 29) Schweidnitz.
- 30) Stettin.
- 31) Stolp.
- 32) Stralsund.
- 33) Stuttgart.
- 34) Swinemünde.
- 35) Thorn.
- 36) Trier.

Außerdem ist zu berücksichtigen, daß fünf bisherige Mitglieder des Handelstages: Königswinter, Danzig, Elbing, Insterburg, Memel, die unzweifelhaft sich der Minorität angeschlossen hätten, wie bekannt, aus dem Handelstage ausgeschieden waren.

Bezeichnend ist die Art, wie die „Volksw. Korr.“ die auf dem Handelstage ersuchten Siege der Schützlinge auszunehmen denkt. Sie meint, nachdem die Agitation erfolgreich gewesen, müsse jetzt die „Organisation“ eintreten, um die Früchte des Sieges einzuholen und in Sicherheit zu bringen. Einzusehen ist sie mit den erzielten Erfolgen noch lange nicht zufrieden. Sie schreibt heute:

„Es ist ja immerhin eine sehr bedeutsame Thatjache, daß die letzte Burg des Freihandels-Systems, der Handelstag, erstürmt worden. Allein alle die Schlüsse haben immer noch den Charakter der Agitation an sich, und um die Organisation zu ermöglichen, hätten wir gewünscht, daß man einen Schritt weiter gegangen und den ganzen Handelstag gesprengt hätte, was sehr wohl herbeizuführen gewesen wäre, wenn man rechtzeitig eine Verständigung im schützlinischen Lager hierüber erzielt hätte. Hatte man erst tabula rasa, so war die Regierung geneigt, den leeren Raum auszufüllen und ein Centralorgan zur Vertretung der wirtschaftlichen Interessen zu schaffen.“

Man muß aus der radikalen Neigung, welche die „Volksw. Korr.“ hier verräth, darauf schließen, daß dieselbe sich über die praktischen Folgen jenes Beschlusses auf ein entsprechendes Vorgehen der Reichsregierung keinen Illusionen mehr hingiebt.

Dafür entschädigt sie sich auf dem Gebiete der Zolltarifrevision. Hier ist der Triumph über die „armen Freihändler“ ein vollständiger. Hier soll alles Hoffen, alles Sehnen endlich gestillt werden. Auch die Frage der Getreidezölle zieht die „Volksw. Korr.“ dabei in den Kreis ihrer Betrachtungen und versteigt sich bezüglich derselben zu der Behauptung, daß ihre Einführung den Preis des Getreides im Inlande nicht erhöhen, daß vielmehr die ausländischen Produzenten die Auflage würden zu tragen haben.

Unter der Überschrift: „Der kirchliche Friede und die Centrumspartei“ schreibt die „Prov.-Korr.“:

„Seit den ersten Nachrichten aus Klifingen über die Besprechungen, welche der deutsche Reichskanzler dort mit dem päpstlichen Nuntius in München, Mafella, gehabt hat und in welchen man allseitig einen ersten Versuch vertraulicher Verständigung über die möglichen Wege zur Anbahung des kirchlichen Friedens erblickte, — ist Angesichts dieser Friedensaussicht die Haltung keiner anderen Partei so eigenartig und befremdlich gewesen, wie die des ultramontanen Centrums, in der Presse sowohl wie im Parlament.“

Weder der Wunsch, noch die Hoffnung des Papstes auf kirchlichen Frieden schien in der ultramontanen Partei in Deutschland irgend einen Wiederhall zu finden: ihre Wortführer ließen es sich vielmehr angelegen sein, den Glauben an die Möglichkeit eines Friedens mit der deutschen Regierung von vorn herein zu ersticken.

Um sich in dieser Beziehung nicht in offenen Widerspruch mit der Auffassung und dem Urteil Roms zu setzen, wurde in den ultramontanen Blättern mit allem Eifer bestritten, daß die Anregung zu den vertraulichen Besprechungen von päpstlicher Seite ausgegangen sei, — es wurde behauptet, Fürst Bismarck habe die Verhandlungen lediglich zur Erreichung augenblicklicher politischer Zwecke angeknüpft.

Diese Behauptung wurde jedoch durch den

Papst selber Lügen gestraft: in dem bekannten Schreiben an den Kardinal Nina sprach Leo XIII. aus, daß sein eigener Wunsch, Deutschland den religiösen Frieden wiederzugeben zu sehen, eine günstige Aufnahme auf Seiten des deutschen Kaisers gefunden habe, und daß daran die weiteren freundschaftlichen Verhandlungen sich geknüpft haben. Der Papst bezeugte zugleich, daß die Wichtigkeit des Ziels von der Weisheit derer, welche die Geschichte des deutschen Reiches in Händen haben, richtig gewürdigt werde. Er fügte hinzu: die Kirche würde glücklich sein, den Frieden in Deutschland wiederhergestellt zu sehen, — das deutsche Reich aber würde, nachdem die Gewissen beruhigt worden, in den Söhnen der katholischen Kirche, wie in früherer Zeit, seine treuesten Unterthanen finden.

Nach dieser Kundgebung war es nicht mehr möglich, an dem Wunsche und Willen des Papstes selbst zu zweifeln, und seltsam sind die ultramontanen Wortführer in der That bemüht, alle Friedensliebe und alles Verdienst um die Friedensverhandlungen dem Papst allein zuzuschreiben.

Angesichts seiner Neuierung über die richtige Würdigung seines Wunsches, die er auf Seite der deutschen Regierung gefunden, und Angesichts der Thatjache, daß er diese Neuierung im August, mehrere Wochen nach den Stisslinger Besprechungen, gethan hätte, hätte man erwarten dürfen, daß Katholiken, denen es mit der Erfahrung vor dem Papste und mit der Achtung vor seiner Erkenntnis und Weisheit Ernst ist, auch thorets einiges Vertrauen zu dem redlichen Willen der deutschen Regierung gesetzt und die Hoffnung auf Wiedergewinnung des Friedens auf jede Weise gefördert hätten. Aber das Gegenteil ist in der ultramontanen Presse und auf Seiten der Führer des Centrums im Reichstag eingetreten: statt der Anerkennung des ernsten Willens täglich neue Verdächtigungen und Schmähungen des Strebens des Reichskanzlers, statt einer Förderung der Friedenshoffnungen das immer erneute Bestreben, eine friedliche Lösung „mit dieser Regierung“ als unmöglich darzustellen, — und zur Unterstützung dieser Behauptung die wiederholte Versicherung, daß die Verhandlungen thatsächlich abgebrochen seien.

Und in demselben Augenblicke, wo zwischen der päpstlichen Kurie und dem deutschen Reiche vertrauliche Verhandlungen schwelen, welche nach der Erwartung des Papstes auch das Ergebnis haben sollen, die Katholiken zu erneuter Bewährung ihrer Treue für Kaiser und Reich zu führen, in demselben Augenblicke geben die Ultramontanen im Reichstage das merkwürdige Schauspiel, daß die angeblich zuverlässigsten Vertheidiger von Altar und Krone, im Verein mit den entschiedensten Gegnern ihrer Auffassungen und Grundsätze, der Regierung den Arm zu lämmen suchen in dem unerlässlichen Kampfe gegen Bestrebungen, welche das Christenthum und die Kirche ebenso heftig anfeinden und bedrohen, wie Staat und Thron und die bürgerliche Gesellschaft, und welche von dem päpstlichen Stuhle jeder Zeit auf's Schärfste verurtheilt worden sind.

Dieses auffällige Verhalten ist nur erklärlich durch den Charakter, die Zusammensetzung und die Leitung der Centrumspartei, welche sich seit Jahren als Vertreterin der kirchlichen Interessen der deutschen Katholiken gebehrdet, in welcher aber in Wahrheit noch ganz andere rein politische Gesichtspunkte maßgebend sind, die mit den wirklichen Interessen der römischen Kirche absolut nichts gemein haben, deren lebensfähige Geltendmachung aber von vorn herein den kirchlichen Kampf verbittert und vergiftet und damit der katholischen Bevölkerung unsäglichen Schaden bereitet hat.

Die schlaue und künstliche Vermischung der ultramontanen Interessen mit denen des früheren (streng lutherischen) welfischen Fürstenhauses, die Leitung der ganzen Partei durch einen in allen Künsten und Wegen der Politik bewanderten ultramontanen Welfenführer hat die schweren und verhängnisvollen Verirrungen der Partei und das gehässige Treiben ihrer Presse herbeigeführt.

Das halbamtliche Blatt citirt nun die Rede des Fürsten Bismarck aus dem Jahre 1872, in welcher er auf die Besprechungen hinwies, welche gerade jene sonderbare Vermischung der Interessen in sich barg, und schreibt weiter:

„Die Centrumspartei aber hat den ihr von der welfischen Führung von Anbeginn aufgeprägten Charakter fort und fort beibehalten und ist je lan-

ger je mehr ein Sammelpunkt aller partikularistischen Feindschaft gegen Preußen und das deutsche Reich geworden: noch in den jüngsten Verhandlungen hat ein protestantisch-welfischer Anhänger des Centrums sich erdreistet, die Herrschaft unseres Königs in Hannover und die dadurch erzeugten Gefühle mit der früheren Fremdherrschaft Napoleons auf eine Linie zu stellen.“

Bei solcher Gesinnung kann es nicht Wunder nehmen, wenn die politischen Führer der katholischen Fraktion und ihre Presse jede Hoffnung und Aussicht auf kirchlichen Frieden möglichst von sich weisen und Alles thun, was in ihren Kräften steht, um die Stimmungen immer auf's Neue zu verbittern und die Ausgleichung zu erschweren.

Wenn das aufrichtige Streben der deutschen Regierung im Verein mit einem friedliebenden Papste für die Wiederherstellung des kirchlichen Friedens in Deutschland in Wahrschau und dauernd gelingen soll, so muß durch die berufenen kirchlichen Autoritäten und aus der katholischen Bevölkerung heraus dem verwirrenden und vergifteten Treiben der Parteien ein Ziel gesetzt werden, deren einflußreichsten Führern das Interesse der Kirche nur der Deckmantel für politisch unterwühlende Zwecke ist und welche der Erwartung des Papstes in Bezug auf die Treue der katholischen Unterthanen des deutschen Reiches durch ihr ganzes Verhalten offen höhn sprechen.“

Ausland.

Wien, 5. November. Die heutige Adress-Debatte brachte uns eine kleine Überraschung. Der Finanzminister Herr von Pretis ergriff wider Erwarten das Wort, um die Stellung, welche die provvisorische Regierung gefunden, und Angesichts der Thatjache, daß er diese Neuierung im August, mehrere Wochen nach den Stisslinger Besprechungen, gethan hätte, hätte man erwarten dürfen, daß Katholiken durch ihr Verhalten in anderer Form dasselbe, was der Minister bereits neulich in den Konferenzen der verfaßungstreuen Klubs mitgetheilt hat. Die Adress-Debatte soll morgen geschlossen werden, wo nach das Haus auf drei Wochen sich vertagen wird, da die Mitglieder der Delegation schon morgen nach Pest reisen müssen. Die Einladung zur ersten, am Donnerstag, den 7. d. stattfindenden Sitzung, haben die Delegirten bereits erhalten.

Zum Präsidienten der österreichischen Delegation wird Graf Coronini (aus dem Abgeordnetenhaus) gewählt. Derselbe, ein Anhänger der Okkupations-Politik, der als Präsident jedoch sein Votum nicht abgeben kann, erklärt bereits, die Wahl anzunehmen, und da er sich nicht als Parteimann, sondern als Vertrauensmann der Delegation betrachten werde, werde er seine eigene Meinung nicht zum Ausdruck bringen und die Ansprache, welche er Namens der Delegation an Seine Majestät zu richten gedenkt, der Delegation vertraulich mittheilen. Die Vorlage, betreffend den 25 Millionenkredit, wird erst nach den Delegationen im Abgeordnetenhaus zur Verhandlung gelangen.

Aus Serajewo berichtet die „N. Fr. Pr.“ eine interessante Episode. Der General-Adjutant des Kaisers, FML Beck, befindet sich augenblicklich in der bosnischen Hauptstadt und besucht dort unter Anderem auch den berüchtigten Hadschi Loja, der bekanntlich verwundet ist und in Spitalpflege als Gefangener sich befindet. Der General sprach den frischen Insurgenten mit folgenden Worten an: „Ich bin von dem Kaiser beauftragt, dich zu fragen, ob du die Gnade erbittest.“ Hadschi Loja war durch den unerwarteten Besuch und nicht weniger durch die Unwesenheit des Auditors, welche stets eine eigentlich deprimente Wirkung auf die Gemüthsstimmung des Gefangenen üben soll, so sehr überrascht und befangen, daß er nicht zu antworten vermochte. Selbst als die Ansprache wiederholt wurde,lossen nur Thränen aus seinen Augen. Beck verließ hierauf die Zelle. Ein General blieb jedoch zurück und fragte Hadschi Loja, warum er dem General-Adjutanten des Kaisers nicht geantwortet, worauf dieser, mühsam nach Worten ringend, erwiderte: „Ich war zu sehr befangen, jetzt aber könnte ich sprechen.“ Beck wurde hiervon verständigt und versetzte sich noch einmal in die Zelle, seine erste Ansprache wiederholend, worauf Hadschi Loja antwortete: „Ich erbitte mir die Gnade dieses Kaisers, für mich, meine Frau, meine drei Kinder.“ Auf die weitere Frage Beck's: „Was wirst du machen, wenn du die Freiheit erhieltest?“

erwähnte Habsch Laja begeistert: „Ich würde nach den Bergen zu meinen Freunden eilen und ihnen sagen, was für gute, edle Menschen ihr seid, und sie aufzuklären, wie Unrecht wir hatten, gegen euch das Schwert zu ziehen.“ Diese Worte waren so überzeugend, von Herzen gesprochen, daß sie nicht verfehlten, einen tiefen Eindruck auf die Zeugen dieser Szene hervorzurufen.

Wien, 5. November. Eine freudige Überraschung bereitet die „B. C.“ den österreichischen durch die Nachricht, General Philippovich sehe die Aufgabe der Besetzung von Bosnien bereits als soweit gelöst an, daß er um seine Rückberufung bitten zu dürfen glaube. Die betreffende, als „vollkommen verlässlich“ bezeichnete Mittheilung der „Polit. Corr.“ lautet in der Hauptsache folgendermaßen:

„Wie nun von verlässlicher Seite verlautet, hat die aus unmittelbarer Ansicht gewonnene, beruhigende Überzeugung vor der anzuhoffenden Sicherheit normaler und fröhlicher Verhältnisse in Bosnien und der Herzegowina den Herrn Feldzeugmeister Baron Philippovich weiter veranlaßt: früher, als dies zu erwarten war, die ihm ursprünglich gestellte Aufgabe als gelöst darzustellen und die Bitte daran zu knüpfen, auf den ihm durch die besondere Gnade Sr. Majestät des Kaisers vorbehaltene Posten eines Kommandirenden in Prag jetzt schon zurückzukehren zu dürfen. Feldzeugmeister Baron Philippovich soll hierbei zugleich die Ansicht ausgesprochen haben, daß das Armee-Kommando mit dem ganzen dazu gehörigen Apparat ohne Gefahr aufgelassen werden könnte, daß an dessen Stelle nach Art der im Heimatlande bestehenden Territorial-Kommanden eine minder kostspielige Militärbehörde errichtet und aus Ersparrungsrücksichten auch das Armee-General-Kommando durch ein einfacheres Organ substituiert werden könnte und sollte.“

Dass es hiermit ernsthaft ist, muß man um so mehr annehmen, als auch andere offiziöse Stimmen, so z. B. das „Fremdenblatt“, die Nachricht für verlässlich halten.

Paris, 5. November. Das gestern in den Kammern vertheilte, den Journalen aber noch nicht übermittelte Gelbüch enthält unter anderen Dokumenten einen Brief des Papstes, worin derselbe dem Minister Waddington seinen Dank für das Verhalten auf dem Berliner Kongresse, betreffend die Frage der heiligen Stätten, ausspricht.

Trotz des eingeschlagenen Wetters waren heute die Eisenbahnen nach Versailles überfüllt. Unter den Passagieren befanden sich zahlreiche Bonapartisten, welche durch ihre Anwesenheit ihren Kämpfen Paul de Cassagnac nur ermutigen wollten.

Die Abendländer fündigen an, Fürst Orlow werde sich nach Baden-Baden begeben, um daselbst mit dem Fürsten Gortschakow zu konferieren.

Provinzielles.

Stettin, 7. November. Die Subskription auf 60 Millionen Mark konsolidirter preußischer Anleihe findet heute und morgen statt. Der Emotionscours ist auf 94,40 pCt. festgesetzt. Die Zeichner können die ihnen zugewiesenen Stücke vom 14. d. Mts. ab voll abnehmen, sind aber verpflichtet, $\frac{2}{5}$ der Stücke spätestens bis 2. Dezember, $\frac{2}{5}$ bis 2. Januar 1879 und $\frac{1}{5}$ bis zum 3. Februar 1879 abzunehmen.

Die nächste Sitzung des Stettiner Zweigvereins der pommerschen ökonomischen Gesellschaft findet am Mittwoch, den 13. d. M., Mittags 12 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Hotel drei Kronen“ hier selbst statt. Auf der Tagesordnung stehen folgende Fragen: „Ist neuerdings im Bereichsbezirk Johannis-Roggendorf angebaut und welche Erfahrungen sind dabei gemacht?“

Wie muß die Ernährung von Külbären und Jungvieh mit Rücksicht auf spätere Milchergiebigkeit geleitet werden?“ Um 11 Uhr wird ein Probefressen mit einer zweipförmigen Brett-Dreschmaschine des Herrn A. a. m., sowie einer ebensolchen des Herrn Ahrens zu Alt-Torrey bei dem Gutspächter Herrn Neffke stattfinden.

Aus dem Neubau Preußische Straße 50 wurden in der Nacht vom 4. zum 5. d. M. verschiedene Kleidungsstücke, doch beschäftigten Maurergesellen gehörig, gestohlen.

Dem „General-Anzeiger“, der „Neuen Stettiner Zeitung“ und der „Ostsee-Zeitung“ liegt heute ein sogenannter offener Brief des Herrn Emil Aron an Herrn R. Graßmann bei, der sich schon durch sich selbst als ein Wahlmann über der plumpsten undordinärsten Sorte kennzeichnet. Derselbe wimmelt von Irrtümmern. Die Antwort darauf wird, wenn auch erst einige Tage später, nicht ausbleiben.

Briefsendungen u. für Se. Maj. Panzerkorvette „Hansa“ sind bis incl. 12. d. M. nach Madeira (via Dartmouth) und vom 13. d. M. ab bis auf Weiteres nach St. Thomas (Westindien), für das Kanonenboot „Meteo“ nach Malta zu dirigieren.

Betrifft ein Rechtsstreit die dingliche Belastung eines Grundstücks, so bedarf es nach einem Erkenntnis des Obertribunals vom 17. September d. J. bei vorwaltender Gütergemeinschaft der Zuziehung der Ehefrau zum Prozesse nur, wenn das Grundstück von der Frau in die Ehe eingebracht ist, andernfalls ist der Ehemann zur Führung des Prozesses allein legitimirt.

Stargard, 6. November. Gegenwärtig ist ein Kgl. Baumeister damit beschäftigt, die abgesteckte Strecke für eine Sekundärbahn von hier nach Gollnow nochmals zu revidiren. Die Stadt Massow hat sich bereit erklärt, falls die Bahn über Massow geführt wird, die zu der Bahn erforderlichen Bodenterrains unentgeltlich abzutreten, soweit die Bahn städtischen Grund und Boden berührt; außerdem wird ein Kostenbeitrag von ca. 50,000 Mark in

Aussicht gestellt werden. Dagegen sollen sich die Gollnowen zu Opfern nicht verstehen wollen, weil sie annehmen, daß die Bahn genannten Ort nicht umgeben kann. Nach dem letzten Projekt würde die Bahn von hier auf dem linken Ihnauser durch das städtische Forstrevier Bruchhausen führen, in der Gegend von Ihnazell die Ihna überschreiten, die Kämmererhorst auch auf dem rechten Ihnauser wieder durchschneiden und nach Budenzig gehen. Von dort geht die abgesteckte Linie über das früher Müller Schmidt'sche Grundstück nach Gollnow. Vorläufig ist die Linie nur bis zu dem letzteren Ort abgelegt. Der Weiterbau nach Wollin und Swinemünde ist indessen projektiert.

Stralsund, 6. November. Gestern Nachmittag ereignete sich im hiesigen Hafen ein Unglücksfall, der leicht mehrere Menschenleben hätte kosten können. Der Dampfer „Aclam“ schlepte nämlich ein Segelschiff in den Hafen und hatte dabei eben den Eingang in die Pfahlreihe passiert, als ein Hiddenseer Fischerboot, welches den Hafen verlassen wollte, zwischen dem Dampfer und dem noch außerhalb des Hafens befindlichen Segelschiff hindurch zu segeln versuchte, hierbei aber mit dem Segelschiff in Kollision kam und dadurch zum Sinken gebracht wurde. Von den Insassen des Bootes gelang es einem Fischer, bei dem Zusammentreffen sich auf das Segelschiff zu retten, die übrigen Personen, 3 Fischer, 2 Frauen von Hiddensee und 1 Frau mit einem kleinen Klude von hier, suchten sich an den zugeworfenen Tauen und vergl. zu halten, und gelang es auch dem rach von dem Dampfer ausgelesenen Boote sämliche Personen zu retten. Wie wir hören, sollen die Fischer allein die Schuld tragen, umso mehr als ihnen noch vom Dampfer zugetragen worden, daß sie beideren sollten.

Bermischtes.

Das Palais des Reichskanzlers war gestern wieder feierlich erleuchtet, wieder rollte in der Nachmittagsstunde Equipage nach Equipage auf den Vorhof, wenn auch nicht so zahlreich wie am Montag Abend. Auf 1/4 Uhr lauteten die Einladungen zur Hochzeitsfeier der Comtesse Marie und pünktlich stellten sich die etwa sechzig Gäste — zuerst der Prediger Borberg in schwarzer Amtstracht — ein. Vor dem Palais hatte die Schaulust eine so große Menschenmenge zusammengeführt, wie nur je in den glänzenden Tagen des Kongresses.

Der Kronprinz und die Kronprinzessin hatten am Vormittag die Botschaft in das Reichskanzler-Palais gelangen lassen, daß sie der Trauungsfreilichkeit beizwohnen würden. Während der Ceremonie waren sie denn auch in der That anwesend, nach derselben beglückwünschten sie das junge Paar und dessen Eltern und entfernten sich sodann.

Der große Saal — den Namen „Kongressaal“ wird er ja nun wohl behalten nach dem ersten großen Ereignis, das sich in ihm vollzog — der Kongressaal also war mit hochstammigen Blattgewächsen geschmückt, zwischen denen der Altar errichtet war. Die Blattgewächse entzogen einem Sängerkor, der vor und nach der Trauung seine geistlichen Weisen erklingen ließ, den Blicken der Anwesenden.

Gegen 1/2 Uhr war die Trauung beendet und nachdem das Brautpaar der Familie und den Gästen Glückwünsche entgegengenommen, ging man zum Diner, das in jenem Seitensaale servirt war, in dem die Gortschakow und Beaconsfield, Waddington und Corti, Andrassy und Schwabow vor drei Monaten ihre privaten Besprechungen zu halten pflegten. Die Braut war wieder weiß gekleidet.

Während das Diner noch fortduerte, hatten Braut und Bräutigam sich still entfernt, um den Zug nach Dresden zu benutzen, wo sie sich bis heute, bis zur Zeit des Dresden-Wiener Courierzuges aufzuhalten. Ueber Wien geht die Hochzeitsreise nach Italien; in spätestens sechs Wochen, zur Zeit des Weihnachtsfestes kehrt das junge Paar in sein, inzwischen neu geschaffenes Heim hierher zurück.

Die ganze Hochzeitsfeierlichkeit war gegen 8 Uhr beendet. Um 1/4 Uhr bereits hatten sich die letzten Gäste aus dem Reichskanzler-Palais entfernt.

Von den Hochzeitsgeschenken, welche das Paar erhalten, wird noch gemeldet:

Die Zahl der von nah und fern eingegangenen Hochzeitsgeschenke war eine sehr große; dieselben füllten einen geräumigen Saal, zwischen dessen Fenstern fast zahllose Bouquets, Blumenkränze und andere Blüthenpenden jeglicher Art zu einer besonderen Pyramide vereinigt waren. Auf großen Tafeln waren da ferne aufgestellt: silberne und auch goldene Tafelarbeiten, Kandelaber, kostbare Porzellane, Vasen, Uhren und Mappaschen aller Art, neben denen kostbare und prächtige Schmuckgegenstände lagen, während an der Rückwand und seitwärts eine Reihe von Gemälden und Bildern aller Arten, in Öl, als Stahl- und Kupferstich, sowie in Photographien zu sehen waren. Sinnig waren besonders die Gaben der Freindinnen der gräflichen Braut; unter jenen besonders erwähnenswert ist ein Album, welches die Bildnisse aller der Schlösser und sonstigen Wohnhäuser enthält, in denen Gräfin Marie seit ihrer Kindheit gelebt hat, und ein besonders schönes gebundenes schleswig-holsteinisches Gelangbuch, irren wir nicht, ein Geschenk der Freiin Isabella von Mantuffel, der Tochter des General-Feldmarschalls. Von Barzin und Friedrichsruhe waren allerlei Geräte für die Wirthschaft und Gegenstände für die Küche in besonders hübscher Form eingeliefert worden. Endlich waren auch gedruckt, geschrieben und in Telegrammen ganze Stöße von Gedichten eingegangen, welche, zum Theil wenigstens, von Berühmten Verfassern verfasst.

Ein Werk zu schaffen, das unternommen wurde, den Kultus des Schönen zu fördern, das Gemüth zu erheben, den Geist zu erfrischen und, aus dem Materialismus der Gegenwart flüchtend, in der wunderbaren Vollkommenheit des antiken Le-

bens ein Reich des Ideals zu zeigen. Mit Begeisterung geschrieben, wird das Werk bei dem steins wachen und jetzt in unserer Nation besonders regen Sinn für das klassische Alterthum eine große Verbreitung finden.

Das erste Heft liegt vor und verspricht das Werk darnach ein höchst bedeutendes zu werden.

Johannes Scherr, Germania. Das große Prachtwerk Germania, eine Geschichte des deutschen Volkes in Folio mit zahlreichen Bildern im Texte und mit großen Tondruckplatten ist vollendet. Es ist damit ein Familienbuch edelster Art geschaffen, geeignet, vaterländisches Fühlen und Denken zu wecken und wachzuhalten, den Geist deutscher Geschichte zu verstehen zu machen, die Gemüthe von Parteidienst zu reinigen und in allen Herzen das heilige Feuer wahrer Vaterlandsliebe zu entzünden.

Wir können das Buch unsern geehrten Lesern warm empfehlen.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 6. November. Sitzung des Reichsraths. Nach dem heute erfolgten Schlusse der Adressdebatte wurde das Eingehen auf den Entwurf mit 163 gegen 73 Stimmen beschlossen, die Adresse — zu welcher ein Amendement nicht gestellt worden war — unverändert genehmigt und die abhalbierte 3. Lesung beschlossen. Hierbei wurde die Adresse in namentlicher Abstimmung mit 160 Stimmen gegen 70 (Rechtspartei, Polenclub, einige dem Centrum angehörige Mitglieder) angenommen. Die Minister enthielten sich der Abstimmung.

London, 5. November. Das auswärtige Amt veröffentlicht den zwischen England und Frankreich geführten Schriftwechsel, welcher mit den in dem französischen Gelbüch mitgeteilten Dokumenten übereinstimmt.

London, 6. November. Der „Globe“ gibt angeblich auf Grund authentischer Mitteilungen folgende retropektive Übersicht über die Ereignisse, welche zu dem jetzigen Konflikte mit Afghanistan führten:

Der Vicelord Lord Lytton sandte im Jahre 1876 eine Einladung an den Emir, der Versammlung beizuwobnen, welche in Delhi befußt Proklamation der Königin von England zur Kaiserin von Indien stattfinden sollte. Der Emir antwortete auf diese Einladung nicht. Russische Emisare befanden sich damals in Kabul. Die Regierung lud darauf den Emir zu einer Konferenz nach Peshawar ein, auf welcher sich derselbe durch einen Spezialgesandten vertreten ließ. Die Konferenz begann am 23. Januar 1877 und dauerte 6 Wochen, indessen wollte der Emir offenbar kein Arrangement herbeiführen. England verlangte, englische Vertreter nach Herat, Baluch und Kandahar zu senden, bestand aber nicht darauf, einen Gesandten in Kabul zu haben. Da der Emir hiergegen Einwendungen erhob, so bot England ihm nunmehr an, ein Offensiv- und Defensivbündniß abzuschließen, die an Mohammed gezahlte Subvention von Neuem zu zahlen, und, wenn der Emir dies wünschte, die Thronfolge seines Lieblingssohnes Abdullah zu garantieren. Diese Vorschläge wurden dem Emir in einem Schreiben übermittelt. Die Antwort des Emirs auf dieselben zeigte dessen unversöhnliche Gestinnung und bewies, daß er mit den Engländern nichts zu thun haben wollte, gegen die er die bittersten Anklagen erhob. Der englische Repräsentant, Sir Lewis Pelly, verließ Peshawar am 2. April, nachdem er sich vergeblich bemüht hatte, ein Einvernehmen herzustellen. Der „Globe“ fügt dieser Übersicht hinzu, der Emir habe eigentlich schon während der Konferenz in Peshawar den Krieg erklärt; seit dem am 26. März in Peshawar erfolgten Tode des Abgesandten des Emir habe man keine Nachricht mehr vom Emir erhalten. Mehr als eine Person sei wegen Verdachtes, englischer Spion zu sein, von dem Emir getötet worden. Seit achtzehn Monaten habe der Emir die Häupter der einzelnen Stämme aufgefordert, ihm in den heiligen Krieg gegen England zu folgen.

Athen, 6. November. Comouduros ist neuerdings mit der Bildung eines neuen Cabinets beauftragt worden. Derselbe wird dem Könige heute Abend die neue Ministerliste vorlegen. Nach derselben würde, wie verlautet, Comouduros das Justiz-Ministerium und das Ministerium des Auswärtigen, Bouboulis das Marine- und das Kriegs-Ministerium, Augerinos das Ministerium des Innern und dasjenige des öffentlichen Unterrichts und Papamichalopulos das Finanzministerium übernehmen.

New-York, 6. November. Die von der Tammanypartei bei den hiesigen Wahlen erlittene Niederlage stellt sich noch viel größer heraus, als anfangs verlautete. Die Majorität Cooper's bei der Lordmaywahl betrug 19,600 Stimmen und auch die übrigen republikanischen Kandidaten für die hiesigen Staatswahlen erzielten eine große Majorität.

Die Wiederwahl des Senators Conning ist gescheitert. Die übrigen haben die Republikaner voraussichtlich gewonnen: Comestitut 1 Sit in Senate, New-York 6 Kongresssitz, New-Jersey 2 Kongresssitz, Maryland, Comestitut, New-Hampshire je einen Kongresssitz und in den übrigen Staaten noch einige andere Kongresssitz. Die republikanische Majorität in Massachusetts betrug 25,000, in Pennsylvania 20,000 Stimmen. Die Greenbackpartei hat bei den Wahlen nur sehr unbedeutende Ergebnisse erzielt.

Washington, 6. November. Dem Vernehmen nach sind die Minister einstimmig der Ansicht, daß in der Botschaft des Präsidenten bei Eröffnung des Kongresses gesetzgeberische Maßregeln in Vorschlag zu bringen seien, durch welche entweder eine Gewichtserhöhung des Silberdollars oder aber eine Verminderung der Ausprägungskosten eintrete, damit einer Schmälerung des Dollarwertes vorgebeugt werde.